

Dr. Anneli Ute Gabanyi

Die rumänische Revolution von 1989

Von Tschu-Enlai, dem chinesischen Premierminister (1898 – 1976), ist überliefert, dass er auf die Frage, was er denn von der Französischen Revolution von 1789 halte, geantwortet habe, er finde es noch zu früh, sich dazu ein Urteil zu bilden. Seit 1989, dem „annus mirabilis“ als die Berliner Mauer fiel und die kommunistischen Regime Osteuropas wie Dominosteine fielen, ohne dass die Hegemonialmacht Sowjetunion entsprechend der jahrzehntelang gültigen „Breschnew-Doktrin“ eingegriffen hätte, sind erst zwanzig Jahre vergangen. Zwar wissen wir viel über die sich damals regelrecht überstürzenden Ereignisse, ihre Hintergründe und die damals handelnden Personen. Allein die Vorgänge um die rumänische Revolution, in deren Verlauf der kommunistische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu am 22. Dezember desselben Jahres gestürzt wurde, geben immer noch zahlreiche Rätsel auf. Und dies, obwohl zu diesem Thema seither rund 400 Bücher und Tausende von Aufsätzen von Zeitzeugen, Wissenschaftlern und Politikern veröffentlicht wurden. Immer noch ist umstritten, ob das, was damals in Rumänien geschehen ist, eine Revolution genannt werden kann und wenn ja, was für eine Revolution? Wer waren die Protagonisten der Ereignisse? Wieso kam es allein in Rumänien zum Einsatz von Gewalt? Warum wurde nur dort das Staatsoberhaupt hingerichtet? Wie ist der Sonderfall Rumänien zu erklären?

Auf diese Fragen will ich heute versuchen, so schlüssige Antworten zu liefern, wie es die gegenwärtige Quellenlage erlaubt.

Fand 1989 in Rumänien eine Revolution statt?

Die Antwort lautet – natürlich fand in Rumänien eine Revolution statt, also ein grundlegender Wandel der Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur. Gemessen an den Kriterien, die Ekkardt Zimmermann in einer grundlegenden Studie¹ in seiner Definition der Revolution aufgestellt hat, - gewaltsamer Sturz des Regimes, Elitentausch und Wandel der Institutionen – fand in Rumänien eindeutig eine Revolution statt. Gewalt oder die Androhung von Gewalt ist immer im (revolutionären) Spiel, wenn es um die Erringung bzw. den Verlust von Macht geht. Kein Konsens besteht unter Wissenschaftlern hingegen darüber, ob eine Revolution unbedingt in Blutvergießen ausarten muss, wie Zimmermann oder Johnson meinen. Folgt man ihrer Einschätzung, dann war die rumänische Revolution zugleich die einzige „klassische“, sozusagen die „revolutionärste“ Revolution des Jahres 1989 in Ostmitteleuropa.

¹ Ekkardt Zimmermann, *Political violence, Crises and Revolutions. Theories and Research*, Boston 1983.

Die Revolutionen in Osteuropa sind aber Revolutionen eines neuen Typs. Ihr herausragendes Charakteristikum besteht darin, dass sie keine singulären nationalen Phänomene darstellen, sondern Einzelaspekte eines vernetzten Umbruchsprozesses des von der Sowjetunion dominierten hegemonialen Systems, gekennzeichnet vom Niedergang des ihnen aufgezwungenen kommunistischen *Gesellschaftssystem*, dem Zusammenbruch der dort etablierten real-sozialistischen *Regime* und zugleich von der Auflösung des sowjetischen *Hegemonialsystems* Pakt. Dementsprechend verlief die Revolution überall in den sowjetisch dominierten Staaten Osteuropas in Form von drei parallel laufenden Revolutionssträngen:

- als Aufbegehren gegen *kommunistische Unterdrückungssystem*,
- politische Revolten gegen *die herrschenden Regime* und
- als gegen die sowjetische Hegemonialmacht gerichtete *nationale Revolutionen*.

Trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten mit den Umbrüchen in den anderen osteuropäischen Staaten weist die rumänische Revolution von 1989 einige singuläre Charakteristika auf. Während der Machtwechsel in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten unblutig nach „Spanischen Modell“ verlief - als präventiver legaler Wandel in Polen und Ungarn und als erzwungener Umbruch in der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgarien - , wurde das Regime des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceaușescu durch eine gewaltsame Revolution nach dem Beispiel der portugiesischen Revolution von 1974 gestürzt. In Rumänien erfolgte am 22. Dezember 1989 ein revolutionärer Staatsstreich, in dessen Verlauf der Diktator verhaftet, in einem summarischen Schauprozess abgeurteilt und hingerichtet wurde. Vorausgegangen war dem Staatsstreich ein Aufstand der Bevölkerung im westrumänischen Timișoara/Temeswar und weiteren Städten, den die Architekten des Staatsstreichs – Ceaușescu-feindliche Eliten aus Partei, Armee und Geheimdiensten - provoziert und danach für ihre Zwecke nutzbar gemacht hatten. Die Aufständischen und mit ihnen quasi die gesamte rumänische Bevölkerung erhofften sich ein Ende des kommunistischen *Systems*, die *Putschisten* hingegen lediglich die Abschaffung des reformfeindlichen nationalkommunistischen Ceaușescu-*Regimes* und die Etablierung eines aufgeklärten, sowjetfreundlichen Reformmodells nach dem Vorbild von Gorbatschows Perestrojka.

Die Besonderheit, ja Einmaligkeit des Umsturzes in Rumänien ist die unmittelbare Konsequenz des „Sonderweges“, den die politische Führung Rumäniens seit Beginn der 1960er Jahre eingeleitet hatte. Dieser Sonderweg bedeutete im Einzelnen: Betonung der ideologischen Eigenständigkeit der rumänischen Kommunistischen Partei, Widerstand

gegen eine engere Einbindung Rumäniens in die ökonomischen und militärischen Strukturen des Ostblocks, Verfolgung einer autonomen Außen- und Wirtschaftspolitik, Festigung der Position des Partei- und Staatschefs im nationalen politischen System und seines internationalen Ansehens sowie die Kooptierung der Eliten und der Bevölkerung durch Elemente nationaler Propaganda.

In Rumänien stand – aus kulturellen, historischen und politischen Gründen – die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dem von sowjetischen Besatzungstruppen oktroyierten System von Anfang an feindlich gegenüber. Bis zum Jahre 1956 waren in Rumänien keine punktuellen revolutionären Erhebungen gegen das sowjetische Besatzungsregime zu verzeichnen, wohl aber ist in allen Teilen des Landes über Jahre hinweg eine Partisanenbewegung aus disparaten Kleingruppen ehemaliger Offiziere, Bauern und Flüchtlinge aus Bessarabien und der Bukowina dokumentiert. Sie brach erst nach der ungarischen Revolution von 1956 in sich zusammen, als deutlich geworden war, dass der Westen und allen voran die USA den „captive nations“ des Ostblocks nicht zu Hilfe eilen würden. Mit dem 1958 erfolgten Abzug der sowjetischen Truppen und der Einleitung der national gefärbten Autonomiepolitik von der Sowjetunion stellte sich die rumänische Führung an die Spitze der Opposition der Bevölkerung gegen die sowjetischen Besatzer. Nachdem sie den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen im Jahre 1958 durchgesetzt hatte, opponierte die rumänische Führung gegen die von der Sowjetführung geplante verstärkte Integration und Spezialisierung der RGW-Staaten und setzte auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den entwickelten westlichen Staaten. Die ideologische Grundlage für die Autonomiepolitik bildete eine 1964 von der herrschenden kommunistischen Partei verabschiedete Erklärung, worin sie ihr Recht auf Unabhängigkeit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung postulierte. Im gleichen Jahr machte die Entlassung der letzten politischen Häftlinge aus den rumänischen Gefängnissen und Gulags durch eine Generalamnestie den Weg für eine zeitweilige innenpolitische Liberalisierung frei.

Das Jahr 1968 bedeutete den Höhepunkt der rumänischen Abgrenzungspolitik und zugleich einen historischen Wendepunkt. Am 22. August 1968 verurteilte der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu auf einer Massenversammlung in Bukarest den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei, an dem rumänische Truppen nicht teilgenommen hatten. Damit war Rumänien aus Moskauer Sicht eindeutig zu weit gegangen. Das war das Anfang vom Ende der Ceaușescu-Diktatur in Rumänien, für das im Wesentlichen vier Gründe verantwortlich sind:

- Die Krise des sowjetischen Hegemonialsystems
- Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise
- Der Verlust der außenpolitischen Unterstützung des Westens und
- Das Auftreten einer internen Opposition gegen Ceaușescu.

Die Krise des sowjetischen Hegemonialsystems

Die Strategie der Sowjetunion, die darauf hinzielte, die national-kommunistische Führung in Bukarest unter Ceaușescu zu stürzen und durch ein Gorbatschow-freundliches Regime zu ersetzen, um Rumänien auf diese Weise wieder in die Einflussphäre Moskaus zurückzuzwingen, kann als einer der Hauptgründe für den Ausbruch der rumänischen Revolution angesehen werden. Seit der Mitte der 1970er Jahre war das kommunistische System in der Sowjetunion sowie in den anderen Staaten des Ostblocks in eine schwere Krise geraten. Die marxistisch-leninistische Ideologie hatte ihre Legitimation verloren. Die östlichen Wirtschaften fielen wegen zunehmender technologischer Rückständigkeit und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit immer zurück, die Rohöl- und Schuldenkrisen der 1970er Jahre bewirkten ein Übriges. Die herrschenden Regime in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten blieben weit hinter ihren vollmundigen wirtschaftlichen Versprechungen zurück und konnten auch den Sozialkontrakt, auf dem die Unterwerfung der Menschen unter das Regime gründete, nicht mehr einhalten. Infolge dieser Systemkrise sahen sich die in der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten herrschenden Regime immer häufiger mit Unmutsäußerungen der Bevölkerung konfrontiert. Dies führte zu einer Krise des von der Sowjetunion dominierten Herrschaftssystems im Comecon und im Warschauer Pakt.

In der Sowjetunion führten die Veränderungen der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den Ölkrise der 1970er Jahre zu einem Umdenken hinsichtlich der Rationalität der Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten Osteuropas: Die Ostblockländer erwarteten von der Sowjetunion trotz der Krise Unterstützung bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme, die Sowjetunion wiederum konnte und wollte diese Unterstützung in der traditionellen Form nicht mehr leisten und stellte künftige Lieferungen von Erdöl und Erdgas nur noch gegen die Zahlung in Devisen und zu Weltmarktpreisen in Aussicht.

Schon der Breschnew-Nachfolger Juri Andropow hatte 1983 die Gefahr von Revolten gegen das kommunistische System in den Staaten Osteuropas erkannt. Angesichts des drohenden Systemzusammenbruchs im gesamten Ostblock entschied sich die neue sowjetische Führungselite daher für die Einleitung eines gelenkten Wandels von oben. Abhilfe erhoffte

sich Moskau vor allem nach dem Machtantritt des neuen sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow im März 1985 von einer koordinierten Reform der Wirtschaftssysteme der Ostblockstaaten in Übereinstimmung mit dem in der Sowjetunion ausgerufenen „Umbau“ (Perestrojka) der eigenen Wirtschaft sowie von einer Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Bruderstaaten gemäß dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit und des ökonomischen Vorteils. Speziell die rumänische, aber auch die ostdeutsche Führung widersetzten sich dem Import von Gorbatschows Perestrojka-Plänen, weil sie dahinter nicht nur eine Strategie Moskaus vermutete, die Staaten des Ostblocks zur Aufgabe ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit und zu einer engeren Einbindung im dem RGW zu nötigen, sondern auch einen Angriff auf ihre Machtposition im eigenen Lande. Bereits zu Andropows Zeiten galt Rumänien einem Bericht des Zentralkomitees der KPdSU zufolge als das schwächste Glied in der Kette der Staaten von RGW und Warschauer Pakt². Noch deutlicher wurde diese Einschätzung Rumäniens im März 1989 in einem Papier der sogenannten Bogomolow-Kommission formuliert. Darin hieß es, der Ausbruch einer sozialen Explosion in diesem Land sei nicht auszuschließen. Da sich die Rumänen längst vom Sozialismus verabschiedet hätten und sich der lateinischen (westlichen) Welt zugehörig fühlten, könne man nicht ausschließen, dass das Land in einem solchen Fall in den Westen abdriften und sogar aus dem Warschauer Pakt austreten könnte. Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass sich in Rumänien auch Vertreter der herrschenden Elite gegen Ceauşescu erheben und das Land in dieselbe – westliche – Richtung führen könnten³.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Die krisenhafte Entwicklung der Weltwirtschaft in den 1970er Jahren gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten Auslösern für den Sturz des kommunistischen Regimes in Rumänien. Als Folge der Ölkrise gerieten die drei Grundpfeiler, auf die sich die autonome rumänische Wirtschafts- und Handelspolitik abstützte, ins Wanken, nämlich

- Die Abhängigkeit von sowjetischen Lieferungen und Absatzmärkten zu vermeiden
- Sich mit Rohstoffen aus den Ländern der dritten Welt zu versorgen und
- Die Entwicklung der Wirtschaft mithilfe von technischem Knowhow und finanzieller Hilfe aus dem Westen voranzutreiben.

Die rumänische Wirtschaft, die auf massive Erdölimporte für ihre westlichen Krediten finanzierten überdimensionalen Raffineriekapazitäten angewiesen war, geriet ins Stocken,

² Siehe Oleg Gordiewsky, Christopher Andrew, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. München 1990, S. 824.

³ Siehe Dumitru Preda, Mihai Retegan, 1989. Principiul Dominoului. Prăbuşirea regimurilor comuniste europene. Bukarest 2000, S.18-20.

nachdem sich der Preis des Rohöls auf den Weltmärkten exorbitant verteuert und Rumäniens wichtigste Erdöllieferanten Iran und Irak kriegsbedingt ausgefallen waren. Hilfe von der Sowjetunion war nicht zu erwarten, da Rumänien sich bereits zu Beginn der 1960er Jahre aus dem im RGW üblichen Liefermechanismus von billigem sowjetischem Erdöl im Austausch für im Westen nicht konkurrenzfähige Waren ausgestiegen war. Als die westliche Finanzwelt nach der Polenkrise von 1980 in Panik geriet, stoppten die westlichen Banken ihre Kredite und Kreditgarantien für Rumänien. Wegen seiner als inakzeptabel angesehenen Konditionen verzichtete die rumänische Führung auf einen Restkredit des IWF. Das Land musste seine Zahlungsunfähigkeit erklären und – als einziges im Ostblock – im Verlauf der 1980er Jahre seine Devisenschulden zurückzahlen.

Die Spar- und Schuldentilgungspolitik des Regimes zeitigte verheerende Folgen für die Bevölkerung, aber auch für die Wirtschaft. Lebensmittelimporte wurden rigoros reduziert, die Ausfuhren von verarbeiteten Nahrungsmitteln zum Nachteil der landeseigenen Versorgung gesteigert. Lebensmittel wurden streng rationiert, der private Energiekonsum drastisch gekürzt, die Arbeitnehmer mussten starke Lohnseinbußen hinnehmen. Kein anderer Staat Osteuropas erreichte einen ähnlich kritischen Zustand wirtschaftlicher und sozialer Not, gesamtgesellschaftlicher "Implosion" und generalisierter Hoffnungslosigkeit wie Rumänien. Am Vorabend des Sturzes des Diktators am 22. Dezember 1989 wünschte die gesamte rumänische Gesellschaft den Wandel.

Der Verlust der Unterstützung des Westens

Die Revolutionierung des östlichen Staatensystems war jedoch nur im Kontext einer ebenfalls revolutionär zu nennenden Neuordnung der Beziehungen zwischen den Großmächten möglich. Für ihre Strategie, die „Europäisierung der Sowjetunion“ um den Preis der „De-Sowjetisierung Osteuropas“ voranzutreiben, erhielt die Sowjetunion Rückendeckung durch die westlichen Staaten, allen voran die USA. Nach erfolgreichen Abrüstungsvereinbarungen über Mittelstreckenraketen in Europa signalisierten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich 1987 ihre Bereitschaft, die Sicherheitsinteressen der UdSSR im Zuge der Abwicklung des kommunistischen Staatensystems zu achten und die gegenüber der Sowjetunion bestehenden Beschränkungen der amerikanischen Technologieexporte zu lockern. Der Westen war primär daran interessiert, die Position Gorbatschows im sowjetischen Machtgefüge zu stärken, um die sich anbahnenden Veränderungen in dessen Außenpolitik nicht zu gefährden. Die USA wollten auf jeden Fall eine Schwächung ihrer eigenen Position sowie der Rolle der NATO in Europa verhindern.

Von der sich anbahnenden Annäherung zwischen Moskau und Washington war Rumänien in besonderem Maße negativ betroffen, denn damit entfielen die politisch-ideologischen Voraussetzungen für die jahrelang betriebene Schaukelpolitik der rumänischen Diplomatie. Die westliche Perzeption der sicherheitspolitischen Bedeutung Rumäniens für die Staaten der NATO erfuhr einen grundlegenden Wandel. Noch bis zur Mitte der 1980er Jahre war der rumänischen Außenpolitik ein gewisser Störeffekt („nuisance value“) der sowjetischen Konfrontationsstrategie gegen den Westen zugeschrieben worden, nach dem Machtantritt Gorbatschows aber wurde Rumänien in zunehmendem Maße als Störfaktor des west-östlichen Interessenausgleichs wahrgenommen. Nicht nur im Warschauer Pakt, sondern auch auf internationalen Foren wie den Vereinten Nationen und der Konferenz für Sicherheit und Europa, die Bukarest jahrelang als Bühne für seine außenpolitischen Drahtseilakte genutzt hatte, geriet Rumänien nun wegen seiner Minderheitenpolitik und Menschenrechtsvergehen unter westlichen Druck. Westliche Regierungen und Finanzinstitutionen waren nicht länger bereit, Rumänien jene Handelsvergünstigungen zu gewähren, die das Land seit den 1970er Jahren genossen hatte. Die Europäische Gemeinschaft legte die Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen auf Eis. Am Ende war Rumänien, einst Vorreiter in den Beziehungen eines RGW-Mitgliedsstaats mit der Europäischen Gemeinschaft, 1989 das einzige Land des Ostblocks, das noch nicht um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Gemeinschaft nachgesucht hatte. Zugleich waren auch die USA nicht mehr bereit, die Meistbegünstigungsklausel für das „repressive“ Bukarester Regime weiterhin zu verlängern, worauf Rumänien 1988 einseitig darauf verzichtete. In der KSZE, den Vereinten Nationen und in den westlichen Medien geriet Rumäniens Menschenrechts- und Minderheitenpolitik zunehmend in die Kritik. Der Verlust der westlichen Unterstützung wiederum bedeutete einen schweren Schlag für das Ansehen Ceaușescus im eigenen Land.

Das Auftreten einer internen Oppositionsbewegung gegen das Regime Ceaușescus

Umsturzversuche der Streitkräfte

Die anti-sowjetische Rhetorik Ceaușescus hatte zweierlei bewirkt: Zum einen hatte sie das Auftreten einer internen Opposition gegen sein Regime über einen längeren Zeitpunkt verzögert, zum anderen lieferte sie auch eine Erklärung dafür, dass sich diese Opposition zunächst vorwiegend aus dem Reservoir der pro-sowjetischen kommunistischen Eliten rekrutierte, die ihre Macht und ihre Privilegien seit Beginn der 1960er Jahre verloren hatten. Speziell Ceaușescu hatte nach seinem Machtantritt eine Säuberungswelle in den Streitkräften und in den Geheimdiensten vorgenommen, in deren Verlauf Funktionsträger,

die in der Sowjetunion studiert hatten und/oder mit Russinnen verheiratet waren, aus ihren Ämtern entfernt wurden.

Nachdem der rumänische Staats- und Parteichef den Einmarsch der Warschauer-Pakttruppen in die Tschechoslowakei nicht nur auf das schärfste verurteilt, sondern auch eine grundsätzliche Kritik der sowjetischen Außenpolitik vorgetragen hatte, setzte die Sowjetunion alle ihr zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung, um das Ceaușescu-Regime intern zu destabilisieren. Erste Erfolge erzielte sie bei der Kooptierung von Vertretern der rumänischen Streitkräfte. Bereits 1989 hatte die Moskauer Führung die „Operation Dnjestr“ gestartet, die darauf gerichtet war, sowjetloyale Offiziere für einen Putsch zum Sturz Ceaușescus zu gewinnen und, „falls ein solcher nicht erfolgreich sein sollte, einen Vorwand für ein Eingreifen der Sowjetunion zu finden.“⁴ Daher war es weder zufällig noch überraschend, dass die ersten Anzeichen einer organisierten Opposition in den Streitkräften zu verzeichnen waren. Zwar hatte Rumänien seit Anfang der 1960er Jahre als einziger Warschauer-Pakt-Staat keine Offiziere mehr zur Ausbildung in die Sowjetunion entsandt, doch es gab noch genügend Absolventen sowjetischer Führungsakademien in den Reihen der rumänischen Militärführung. Seit einem ersten Putschversuch durch den Kommandeur der Garnison Bukarest, General Ioan Șerb im Jahre 1971 versuchten hohe Vertreter der rumänischen Streitkräfte zu wiederholten Malen, das Regime durch einen Militärputsch zu stürzen. Den Fall Șerb nahm die rumänische Staats- und Parteiführung zum Anlass, um das Verteidigungsministerium umzustrukturieren und der direkten Kontrolle der kommunistischen Partei zu unterstellen. Im Jahre 1972 wurde ein neues Verteidigungsgesetz verabschiedet und 1974 eine neue Verfassung erlassen, die dem Staatspräsidenten das Oberkommando über die Streitkräfte des Landes übertrug. Mit seiner neuen Militärdoktrin distanzierte sich Rumänien noch weiter vom Warschauer Pakt; auch nahmen rumänische Truppen nicht mehr an Übungen auf dem Territorium anderer Paktstaaten teil und akzeptierte diese auch nicht mehr auf seinem Territorium. Dennoch wollten die Berichte über Unruhen in den rumänischen Streitkräften seither nicht mehr verstummen. Im Mittelpunkt der 1978, 1983, 1984 und 1985 vereitelten Putschversuche standen regelmäßig sowjetfreundliche Offiziere wie der ehemalige Verteidigungsminister Ion Ioniță oder Nicolae Militaru, ein weiterer Kommandeur der Garnison Bukarest. Gegen jene Offiziere, die der Spionage für die Sowjetunion verdächtigt oder versuchter Umsturzversuche überführt wurden, ergriff die Staatsführung zwar keine gewaltsamen

⁴ Ion Mihai Pacepa in Interview mit dem ungarischen Fernsehsender DunaTV. Siehe hierzu Jurnalul Național, 3 March 2004.

Repressalien, schickte sie aber vorzeitig in die Reserve oder versetzte sie in die zivile Wirtschaft.

Die äußere Bedrohung Rumäniens seitens des östlichen Bündnisses sowie die nach 1968 einsetzenden internen Umsturzversuche hatten einen Wandel der Herrschaftspolitik Ceaușescus zur Folge.⁵ Als Reaktion darauf ging er zunehmend dazu über, seine Macht entsprechend dem Loyalitätsprinzip auf einen immer kleineren Kreis von Funktionären zu reduzieren - zum Nachteil jener jüngeren technokratischen Eliten, auf die er sich in den 1960er Jahren abgestützt hatte. Die operative Macht wurde zunehmend in den Händen eines "Clans" konzentriert, bei dessen Rekrutierung nicht länger fachliche Kompetenzkriterien, sondern patriarchalische Verwandtschafts- und Loyalitätsbeziehungen den Ausschlag gaben. Sich und seiner Familie ließ Ceaușescu einen beispiellosen Personenkult bereiten.

Auch in *Parteikreisen* regte sich bereits Anfang der 1970er Jahre Widerstand gegen die national-kommunistische Prägung des rumänischen Ideologiekonzepts und insbesondere gegen Ceaușescus zunehmend autokratischen Führungsstil. Im Jahre 1971 wurde Ion Iliescu, damals Jugendminister und Sekretär des Zentralkomitees für Fragen der Ideologie und lange Zeit als Nachfolger des Parteichefs gehandelt, seiner Ämter enthoben, 1974 trat Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer – wie es hieß aus Protest gegen die neu erlassene Verfassung – von seinem Posten zurück. Vertreter der internationalistisch orientierten sowjetloyalen Funktionäre der Partei, die sich, von Ceaușescu ihrer Ämter enthoben, um ihre Privilegien und ihr klassenkämpferisches Renommée betrogen sahen, glaubten in dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Desaster des Landes eine Gefahr für den Fortbestand des Systems und den Zusammenhalt des Ostblocks zu erkennen. Mit dem Beginn der Schuldenkrise den 1980er machte sich auch in Kreisen national gesinnter Funktionäre die Befürchtung breit, dass sie bei einem eventuellen Sturz des Regimes mit in die Tiefe gerissen werden könnten.

Widerstand regte sich auch im rumänischen Sicherheitsapparat. Trotz der bevorzugten Behandlung, der sich die Vertreter der Sicherheitsdienste erfreuten, waren auch in diesem Bereich zunehmend Absetzbewegungen zu verzeichnen. Die Flucht des stellvertretenden Leiters der Auslandsaufklärung Mihail Pacepa im Jahre 1978 in den Westen löste eine Welle von Umbesetzungen und eine tiefgreifende Reorganisation des Departements für Auslandsaufklärung aus, doch ohne den erhofften Erfolg. Bis zu seinem Sturz konnte

⁵ Zur rumänischen Außenpolitik siehe: Aurel Braun, *Romanian Foreign Policy Since 1965: The Political and Military Limits of Autonomy*, New York 1978; James F. Brown, *Eastern Europe and Communist Rule*, Durham/London 1988; Jens Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939 - 1980*, Baden-Baden 1983.

Ceaușescu weder die interne politische Polizei Securitate noch den Auslandsdienst wieder völlig unter seine Kontrolle bringen. Es gibt Hinweise darauf, dass es nicht nur KGB und GRU, sondern auch westlichen Diensten gelungen war, die rumänischen Geheimdienste zu unterwandern. In der Endphase des -Regimes, als dessen Kollaps unausweichlich zu werden schien, distanzierten sich auch Vertreter des Inlandsgeheimdienstes Securitate, die am besten über die Stimmungslage in der Bevölkerung Bescheid wussten, von Ceaușescu.

Mit seiner 1971 eingeleiteten sogenannten "Kleinen Kulturrevolution" ging die Parteiführung daran, die in den 1960er Jahren eroberten Zuwächse an schöpferischer Freiheit zu beschneiden und den Sonderstatus der Bildungseliten abzubauen, was zu Frustration unter Wissenschaftlern und Künstlern führte. *Intellektuelle und Künstler* zeigten sich zunehmend enttäuscht darüber, dass das Regime seit der Proklamierung der sogenannten „Kleinen Kulturrevolution“ vom Juli 1971 die ihnen zuvor gewährten Freiräume einengte, die kulturpolitische Liberalisierung der 1960er Jahre zurückdrehte und nun ausschließlich auf die Förderung der Massenkultur setzte. In dem Maße in dem der Nationalismus immer offensichtlicher politisch instrumentalisiert und zusammen mit dem Ceaușescu bereiteten Personenkult in den Rang einer staatlich verordneten Ideologie erhoben wurde, verlor der offizielle Rekurs of nationale Emotionen seine Anziehungskraft. Die Partei fühlte sich von den Intellektuellen und Künstlern erneut herausgefordert, das Misstrauen auf beiden Seiten wuchs. In dieser Phase kam es zu einer Annäherung zwischen frustrierten Intellektuellen und Ceaușescu-feindlichen Eliten aus Partei, Armee und Geheimdiensten. Innerhalb und außerhalb existierender Institutionen bis hinauf in die Spitzen der Partei und der Armeeführung entstanden zahlreiche untereinander vernetzte formelle oder informelle Netzwerke und Seilschaften, die nicht unerheblich an der Herausbildung eines politischen Mobilisierungspotentials gegen das Ceaușescu-Regime beteiligt waren. Ion Iliescu, der wohl geschickteste "Kommunikator" in Rumänien vor der Wende, stand an der Spitze einer Vielzahl solcher Loyalitätsketten. Zugleich war, wie er heute selbst zugibt, in die konspirativen Tätigkeiten und Umsturzpläne aus dem Bereich der Streitkräfte und des Geheimdienstes eingeweiht und wurde seit Mitte der 1980er Jahre in den westlichen Medien als präsumtiver Nachfolger Ceaușescus nach einem eventuellen Regimewechsel gehandelt. Dieser Schulterschluss war entscheidend für das Gelingen des revolutionären Staatsstreichs.

Die Chronologie der Revolution

Es würde zu weit führen, die Chronologie der Ereignisse vom Dezember 1989 in ihrer ganzen Breite zu rekapitulieren. Es sollen vor allem auf jene Ereignisse hervorgehoben werden, die aus meiner Sicht für das Verständnis der Besonderheiten der rumänischen Revolution von Bedeutung sind.

14. Dezember 1989

Eine erster Versuch, eine Revolte gegen das Regime loszutreten, fand bereits am 14. Dezember in der nordöstlichen Stadt Iasi statt. Die Revolte der Vertreter einer Untergrundgruppierung, die sich rumänische Volksfront nannte, wurde jedoch im Keim erstickt, ihre Anführer verhaftet.

15. Dezember 1989

Am Nachmittag dieses Tages versammelten sich in der westrumänischen Stadt Temeswar vor dem Haus des der ungarischen Minderheit angehörenden reformierten Pastors László Tökés mehrere hundert Menschen, um gegen die für den kommenden Tag von den Behörden geforderte Umsiedlung des Geistlichen in eine nordsiebenbürgische Gemeinde zu protestieren. Der Geistliche hatte seit 1988 in ungarischen und westlichen Fernsehsendungen gegen Ceaușescus Menschenrechts- und Minderheitenpolitik protestiert. Das war die Initialzündung für die rumänische Revolution, der Funke, der das übervolle Pulverfass zur Explosion brachte.

16. Dezember 1989

Tökés versuchte die Menge zu beruhigen, nachdem ihm seitens des Bürgermeisters die Aufhebung seiner geplanten Umsiedlung zugesagt worden war. Als jedoch eine Gruppe Jugendlicher den Straßenbahnverkehr an der Straßenkreuzung vor seinem Haus lahmlegte und Hunderte von Menschen daraufhin auf der Straße standen, eskalierten die Proteste. Es kam zu ersten Plünderungen, eine Gruppe griff die lokale Parteizentrale an.

17. Dezember 1989

Ceaușescu befahl, Tökés dennoch umzusiedeln und rief den Notstand für Temeswar aus. In Bukarest fand am Nachmittag eine Sitzung des Politischen Exekutivkomitees der rumänischen Kommunistischen Partei statt. Ceaușescu macht Verteidigungsminister Vasile Milea und Innenminister Tudor Postelnicu schwere Vorwürfe, weil sie entgegen seinen Anordnungen keine scharfe Munition gegen die Demonstranten eingesetzt hätten und drohte, die Minister zu entlassen und vor ein Kriegsgericht zu stellen. Zwischenzeitlich bot er auch seinen Rücktritt an, wurde aber von einigen Mitgliedern dieses Gremiums, nicht zuletzt von seiner Frau, gebeten, im Amt zu bleiben. Daraufhin übernahm er selbst den

Oberbefehl über die Streit- und Sicherheitskräfte und gab den ausdrücklichen Schießbefehl für Temeswar. Mehrere hohe Parteifunktionäre und Generale wurden nach Temeswar entsandt, um den Einsatz zu überwachen. Daraufhin kam es in der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und bewaffneten Einheiten. Es gab Opfer auf beiden Seiten.

18. Dezember 1989

Trotz der angespannten Lage entschloss sich Nicolae Ceaușescu, seine seit Wochen angekündigte Reise nach Teheran anzutreten, wo er einen Vertrag über die Lieferung von iranischem Rohöl an Rumänien abschließen wollte. Seine Frau Elena blieb in Bukarest zurück. Trotz der fortschreitenden Isolierung Temeswars vom Rest des Landes berichten ungarische und jugoslawische Medien über angeblich Tausende von Opfern, die in der Stadt zu beklagen seien. Westliche und sowjetische Medien übernahmen die Berichte, die rumänischen Medien schwiegen zu den Vorfällen.

19. Dezember 1989

Die Ereignisse in Temeswar verzeichneten eine signifikante Wende: Arbeiter in mehreren großen Werken der Stadt traten in den Streik drohten, die Fabriken zu besetzen, wenn das Militär sich nicht zurückziehe. Militärs wie der Generalstabschef Stefan Gușă sowie Parteifunktionäre versuchten, mit den Arbeitern zu verhandeln.

20. Dezember 1989

Angesichts der massiven Arbeiterproteste entschied sich Generalstabschef Stefan Gușă, die auf den Straßen patrouillierenden Soldaten in die Kasernen zurückzubeordern. Es konstituierte sich ein Rumänisches Demokratisches Forum, das den Rücktritt von Regierung und Staatschef forderte, zudem die Freilassung der Verhafteten, die Öffnung der Grenzen und die Freiheit der Presse.

Am Nachmittag kehrte Ceaușescu aus dem Iran zurück und äußerte sich in einer landesweit übertragenen Fernsehansprache erstmals öffentlich zu den Vorfällen. In seiner Rede beschuldigte er „terroristische antinationale Gruppen“. Gemeinsam mit „reaktionären, imperialistischen und chauvinistischen Kreisen sowie Spionagediensten verschiedener ausländischer Staaten“ eine Aktion mit dem Ziel angezettelt zu haben, die territoriale Einheit und Souveränität des rumänischen Staates zerschlagen zu wollen. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Europäischen Gemeinschaft und Österreichs protestierten gegen die Vorfälle in Temeswar, es wurde erwogen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen. Die Führungen der Sowjetunion und der anderen Ostblockstaaten mit Ausnahme der DDR verurteilten die gewaltsamen Vorfälle. Daraufhin beschuldigte

Ceaușescu die Sowjetunion, im Rahmen einer Aktion des Warschauer Pakts in Rumänien militärisch intervenieren zu wollen⁶.

21. Dezember 1989

Nach einigem Zögern entschloss sich Ceaușescu, auf dem Platz vor dem Zentralkomitee, dem Ort, wo er 1968 gegen den Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei protestiert hatte, eine große Volksversammlung einzuberufen. Kurz nach Beginn seiner Rede waren Störgeräusche und Schreie zu hören, die Fernsehübertragung wurde zeitweilig unterbrochen. Kaum hatte Ceaușescu erneut zu seiner Rede angesetzt und Lohnerhöhungen sowie bessere Sozialleistungen versprochen, kam zu neuerlichen Zwischenfällen, worauf die Kundgebung abgebrochen wurde. Damit war der Allmachtsanspruch des Staats- und Parteichefs vor den Augen der Bevölkerung *ad absurdum* geführt worden. In Bukarest zogen daraufhin Gruppen von Demonstranten durch die Stadt und riefen zum Sturz der Diktatur auf. In der Nacht kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Kräften der Armee und der Sicherheitsdienste in Bukarest und mehreren Städten Siebenbürgens und des Banats, allen voran in Sibiu/Hermannstadt, wo Ceaușescus Sohn Nicu als Vorsitzender des Kreispartei-Komitees agierte.

22. Dezember 1989

Um zehn Uhr morgens wurde der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Verteidigungsminister Vasile Milea beging Selbstmord, nachdem Ceaușescu ihn beschuldigt hatte, den Anmarsch zusätzlicher Truppen zur Verteidigung der Hauptstadt verzögert zu haben. Daraufhin beauftragte Ceaușescu General Victor Atanasie Stănculescu, einen der Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister, das Kommando der Streitkräfte zu übernehmen. Stănculescu, der auch in Temeswar im Einsatz gewesen war, hatte bis dahin versucht, sich durch das Anlegen eines Gipsverbandes der Verantwortung für die Niederschlagung des Volksaufstandes in Bukarest zu entziehen. Entgegen dem ausdrücklichen Befehl Ceaușescus, militärische Gewalt gegen die Demonstranten einzusetzen, befahl den sich Bukarest nähernden Truppen, in die Kasernen zurückzukehren. Auch Innenministerium und Miliz hatten ihre zur Verteidigung des ZK-Gebäudes, in dem sich Ceaușescu aufhielt, zurückgezogen.

Als die Menschenmenge das Gebäude des Zentralkomitees erstürmte, ohne auf Widerstand zu treffen, überredete Stănculescu Ceaușescu und seine Frau zur Flucht mit

⁶ Dumitru Preda, Mihai Retegan, 1989. *Principiul Dominoului. Prăbușirea regimurilor comuniste europene*, Bukarest, Editura Fundației Culturale Române 2000, S. 477.

einem Hubschrauber. Am Nachmittag des 22. Dezember wurden Nicolae und Elena Ceaușescu in Târgoviște fest- und gefangengenommen.

Kurz vor zwölf Uhr mittags proklamierte das nunmehr in „Freies rumänisches Fernsehen“ umbenannte ehemalige Staatsfernsehen den Sieg der Revolution. Auf dem Balkon des ZK-Gebäudes traten mehrere ehemalige Funktionäre Ceaușescus auf, um die Macht für sich zu beanspruchen, die „auf der Straße“ zu liegen schien. Währenddessen war das Machtvakuum aber schon längst von denen gefüllt worden, die seit Jahren auf den Sturz Ceaușescus hingearbeitet hatten. Victor Atanasie Stănculescu hatte den von Ceaușescu erteilten Schießbefehl annulliert, die Macht dann aber sogleich an Ion Iliescu übergeben. Dieser wiederum kündigte umgehend die Bildung einer provisorischen Machtstruktur genannt *Front der Nationalen Rettung* an und ließ Nicolae Militaru, der vor 1989 wegen seiner engen Verbindungen zur Sowjetunion aus der operativen Führung der Streitkräfte entfernt worden war, im Fernsehen als künftigen Verteidigungsminister vorstellen. Am Abend stellte Ion Iliescu als Präsident des exekutiven *Rates der Front der Nationalen Rettung* im Fernsehen das Programm der neuen Machthaber vor. Neben einer Reihe von Maßnahmen zur Demokratisierung und zur wirtschaftlichen Reform war darin auch die Absicht enthalten, die vertraglichen Bindungen des Landes an den Warschauer Pakt zu respektieren.

Nachdem die selbsternannten neuen Machthaber ihr Programm öffentlich verkündet hatten, drohte die Stimmung der Demonstranten in eine – aus ihrer Sicht - gefährliche Protestaktion gegen das kommunistische System umzuschlagen. Dies war der Moment, als in Bukarest und in anderen strategischen Punkten des Landes erneut Schiessereien ausbrachen.

25. Dezember 1989

Die neuerlichen Schießereien dauerten bis zum 25. Dezember, bis Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu und seine Frau von einem Kriegsgericht verurteilt und sofort danach hingerichtet worden war.

27. Dezember 1989

Auszüge vom Prozess und der Exekution der Ceaușescus wurden im Fernsehen gezeigt. Daraufhin konstituierte sich der Rat der Nationalen Rettung als neue Macht im Staate. Die Zusammensetzung des neuen Machtapparats war äußerst heterogen. Unter den 39 Mitgliedern fand sich kein einziger Vertreter der Ceaușescu-Machtelite, dafür aber Repräsentanten der vor 1989 aktiven technokratischen Eliten in Partei, Armee und Sicherheitsapparat, deren Aufstiegschancen innerhalb der herrschenden Klasse durch die Schließung der obersten Führungsorgane der Partei unter Ceaușescu behindert wurden.

Darüber hinaus wurden auch Vertreter der wissenschaftlich-schöpferischen Reflexionseliten in dieses Gremium aufgenommen, so die Schriftsteller Ana Blandiana und Mircea Dinescu, die Bürgerrechtlerin Doina Cornea, der Jurist Dumitru Mazilu und der reformierte Pastor László Tökés, die vor 1989 Öffentlichkeit im In- und Ausland als Systemkritiker oder Regimegegner hervorgetreten waren. Der neu ernannte Verteidigungsminister General Nicolae Militaru holte rund 18 weitere Generale, die vor 1989 ebenso wie er selbst wegen ihrer vermuteten Komplizenschaft mit der Sowjetunion in die Reserve geschickt worden waren, in den aktiven Dienst zurück. Der rumänische Geheimdienst Securitate wurde samt seinen Archiven dieser neuen Armeeführung unterstellt und als eigenständige Behörde aufgelöst.

Die Besonderheiten der rumänischen Revolution

Verglichen mit dem Machtübergang in den anderen Ostblockstaaten lassen sich aus diesem Verlaufsschema drei wichtige Besonderheiten der rumänischen Revolution ableiten:

- Der Einsatz militärischer Gewalt
- Die Exekution des kommunistischen Staats- und Parteichefs und
- Die aktive Rolle ausländischer Akteure.

Die rumänische Revolution forderte einen schweren Blutzoll. Anstelle der im -Prozess behaupteten 60.000 kamen aber „nur“ 1.104 Menschen (Wehrpflichtige und Offiziere eingeschlossen) ums Leben, „nur“ 3.352 verletzt. Erstaunlich ist dabei die Tatsache, dass es *vor* dem Zeitpunkt der Flucht Ceaușescus am 22. Dezember 1989 landesweit 162 Tote und 1.107 Verletzte gab, die weitaus größere Zahl von Menschen jedoch erst getötet (942) oder verletzt (2.245) wurde, *nachdem* der kommunistische Diktator ausgeschaltet worden war. **Gewalt** kam in allen Phasen der Revolution mit unterschiedlichen Zielsetzungen zum Einsatz.

- In der ersten Phase der tendenziell friedlichen Demonstrationen in Temeswar gegen die Umsiedlung des ungarischen reformierten Pfarrers Laszlo Tökés wurde von Unbekannten aus der Masse heraus Gewalt induziert, um die Menschen gegen das Regime zu mobilisieren, eine „chinesische“ Reaktion des Regimes zu provozieren und das national gesinnten Militär zu diskreditieren. Heute, zwanzig Jahre nach der Revolution, weiß man, dass dieser „innere Krieg“ in Temeswar, Bukarest, aber auch in anderen Städten unter Beteiligung von externen „Akteuren“ verübt wurden. Dazu gehörten zum einen die zu jenem Zeitpunkt rund 60.000 in Rumänien als „Touristen“ eingereisten sowjetischen Speznaztruppen (viele von ihnen aus der Moldauischen Sowjetrepublik stammend und daher rumänischsprachig), zum

anderen rumänische Flüchtlinge, die in den Jahren 1988 und 1989 die Grenze nach Jugoslawien und Ungarn überwunden hatten und von dort nach Rumänien zurückgeschleust worden waren, um vor allem in den Städten des Banats und Siebenbürgens gewaltsame Unruhen zu provozieren. Das Ziel des Einsatzes von Gewalt – so weiß man heute – war es, die rumänische Armee in diesen Gebieten zum gewaltsamen Eingreifen gegen die Demonstranten zu provozieren und damit einen Bürgerkrieg loszutreten – mit möglichen Folgen für die territoriale Integrität des Landes.

- Die Anwendung von Gewalt diente zudem der Delegitimierung des Staatschefs vor den Augen der Fernsehzuschauer des ganzen Landes, als anlässlich der von ihm einberufenen Massenkundgebung am 21. Dezember 1989 erneut Gewalt gegen Teilnehmer der Kundgebung zum Einsatz kam, die zu Panikreaktionen und einer zeitweiligen Unterbrechung der Fernsehübertragung führte.
- Auch nutzte die an die Macht gelangte Junta unter Verteidigungsminister Militaru, die Gewaltakte der angeblich auf dem Territorium Rumäniens operierenden ausländischen „Terroristen“ als Vorwand für das von ihnen geforderte ein Eingreifen der an den Grenzen Rumäniens bereitstehenden Warschauer-Pakt-Truppen in Rumänien. Die so genannten „Terroristen“, die den gefangenen Staatschef angeblich befreien und die alte Ordnung wiederherstellen wollten, wurden für die neuerlichen blutigen Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht. Um die Gewalt zu beenden, so die neue Führung, müsse Ceaușescu so bald wie möglich liquidiert werden.
- Militaru und Ilescu hatten bereits Verbindung zum sowjetischen Generalstab in Moskau aufgenommen, um sowjetische Bodentruppen und Spezialkräfte anzufordern. Westliche Staaten, allen voran die USA und Frankreich, unterstützten die geplante „brüderliche“ Hilfsaktion ausdrücklich. Es ist nur der Standfestigkeit des damaligen Generalstabschefs Stefan Gușa, der die Angebote östlicher „Verbündeter“ ablehnte, zu verdanken, dass dieses Szenario nicht Wirklichkeit wurde. Gusa wurde unmittelbar danach abgesetzt.
- Bleibt noch die Frage, weshalb allein in Rumänien das Staatsoberhaupt eines Warschauer-Pakt-Staates im Zuge der Revolution physisch eliminiert wurde. Die Antwort ergibt sich logisch aus der anfangs dargestellten militärpolitischen Besonderheit Rumäniens vor 1989. Anders als in allen anderen Ostblockstaaten, wo die Sowjetunion - um es mit den Worten der prominenten amerikanischen Politikwissenschaftlerin Valerie Bunce zu sagen – nur den Teppich unter den Füßen

der kommunistischen Führung wegziehen musste, um sie zu entmachten, war der rumänische Staatschef zugleich auch der Oberbefehlshaber der nationalen Streitkräfte. Nur wenn der Oberbefehlshaber vor den Augen der Nation liquidiert wurde, so die Überlegungen der Putschisten, würden Armee und Sicherheitsdienst, denen andernfalls das Kriegsgericht gedroht hätte, keinen Widerstand gegen die Entmachtung Ceaușescu leisten. Der kurze Prozess, der Ceaușescu und seiner Frau Elena gemacht wurde und ihre standrechtliche Erschießung durch Vertreter einer zu jenem Zeitpunkt weder legalen noch legitimen Machtinstanz waren also keine „Bestrafung“ für einen „Zuspätgekommenen“ und geschahen auch nicht vorrangig aus Furcht vor Enthüllungen, die Ceaușescu im Falle eines regulären Gerichtsverfahrens hätte machen können. Vielmehr wollte die neue Führung durch die Ausschaltung des Oberbefehlshabers über die nationalen Streitkräfte jenes Machtvakuum zu erzeugen, das sie dann auszufüllen plante. Nur wenn Ceaușescu vor den Augen der (Fernseh-)Nation liquidiert wurde, so die Überlegungen der Putschisten; würden Armee und Sicherheitsdienst keinen Widerstand gegen seine Entmachtung leisten. Erst danach konnte sich die *Front der Nationalen Rettung* zur alleinigen Inhaberin der Macht im Staate mit legislativen und exekutiven Befugnissen einschließlich der Kontrolle über die Streitkräfte erklären.

- Last but not least wurde der Revolutionsvorbehalt von der neuen Führung genutzt, um das Ende der bisherigen Strukturen der politischen Macht zu postulieren und ihre Machtübernahme zu legitimieren.

Und das Fazit zwanzig Jahre danach?

Am Ende wurde das Ziel, das die Organisatoren des als Volksaufstand getarnten Staatsstreichs verfolgt hatten - die Beibehaltung des kommunistischen Systems, wenn auch mit menschlichem Antlitz und der Verbleib Rumäniens in der Einflusszone der Sowjetunion - nicht erreicht. Was 1989 verhindert werden sollte, nämlich das „Abdriften“ des Landes in die Strukturen des Westens, denen die Bevölkerung sich traditionell zugehörig fühlt, wurde trotz allem Realität. Rumänien ist heute ein Land, das sich trotz seiner gewaltbelasteten „Transition“ einem demokratischen, marktwirtschaftlichen Weg verschrieben hat und zu einem wirtschaftlich und geopolitisch wichtigen Mitglied von EU und NATO geworden ist. Und dennoch belastet die traumatische Frage „Wer hat am 22. auf uns geschossen?“ (Cine a tras in noi in 22?) in der rumänischen Öffentlichkeit immer noch virulent. Unter dem Druck einer starken Bürgerbewegung, die auch nach zwanzig Jahren für eine vollständige Aufklärung der gewaltsamen Verbrechen während der Revolution einsetzt, gab es seit 1989

Tausende von Verhaftungen, einige hundert Anklagen, aber nur wenige Verhaftungen und Verurteilungen hochrangiger Akteure, allen voran Victor Stănculescu, der sich erst aus dem Gefängnis heraus entschlossen hat, das Gesetz des Schweigens zumindest teilweise zu durchbrechen. Die kommunistische Partei als solche verschwand 1989, dennoch ist es seither nicht wenigen Vertretern der neuen, aber auch der alten Elite aus Partei, Armee und Geheimdiensten gelungen, ihr politisches Machtkapital in ökonomisches Kapital umzumünzen. Das aber ist kein Spezifikum der rumänischen Revolution, sondern ein Charakteristikum aller osteuropäischen Revolutionen, das den Transformationsvorgang überall in den ehemals kommunistischen Staaten Europas nachhaltig belastet.